

N i e d e r s c h r i f t

über die 29. öffentliche Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am Dienstag, den 23. September 2014, um 20.00 Uhr im Sitzungssaal der "Lindener Ratsstuben"

Anwesend:

- a) Stadtverordnetenvorsteher: Ralf Burckart
- b) Stadtverordnete:
- Jürgen Arnold
 - Moritz Arnold
 - Hans Bausch
 - Anneliese Bork
 - Michael Fischer (entschuldigt)
 - Dagmar Gebauer (entschuldigt)
 - Sebastian Gebauer
 - Renate Geiselbrechtinger
 - Axel Globuschütz (entschuldigt)
 - Dr. Michaela Goll (entschuldigt)
 - Dieter Haggenmüller
 - Dirk Hansmann (entschuldigt)
 - Volker Heine
 - Iskender Isikci
 - Timo Klös (entschuldigt)
 - Gisela Koch (entschuldigt)
 - Gudrun Lang
 - Harald Liebermann
 - Franziska Lodde
 - Hendrik Lodde
 - Antje Markgraf
 - Uwe Markgraf
 - Burkhard Nöh
 - Matthias Spangenberg (entschuldigt)
 - Dr. Christof Schütz
 - Werner Schwarz
 - Tim-Ole Steinberg
 - Eva Steinmetz (entschuldigt)
 - Thomas Utschig
 - Fabian Wedemann
 - Wolfgang Weiß
 - Horst Weitze
 - Michael Wolter
 - Dr. Heinz-Lothar Worm
 - Metin Yildiz
 - Marga Zoller
- c) Magistrat:
- Bürgermeister Jörg König
 - Erster Stadtrat Norbert Arnold
 - Stadtrat Thomas Altenheimer
 - Stadträtin Petra Braun
 - Stadtrat Wolfgang Gath
 - Stadtrat Reinhold Krapf

Stadtrat Robert Kreuzinger-Ibe
Stadtrat Manfred Leun
Stadtrat Gerhard Trinklein

- d) Ausländerbeiratsvorsitzender: Dr. Ehsan Sadeghian
- e) Frauenbeauftragte: Gudrun Größer
- f) Verwaltung: Hans-Ulrich Heymann
Christian Mai
- g) Presse: Herr Agel, Gießener Allgemeine
Herr Wißner, Gießener Anzeiger
- h) Zuhörer: 3
- i) Protokollführerin: Renate Wolf

Stadtverordnetenvorsteher Ralf Burckart eröffnet die 29. öffentliche Sitzung der laufenden Legislaturperiode. Er begrüßt die Mitglieder des Parlamentes, den Vorsitzenden des Ausländerbeirates, Herrn Dr. Sadeghian, die Frauenbeauftragte, Frau Größer, den Magistrat, die Vertreter der Presse sowie alle Anwesenden. Er stellt fest, dass die Einladung form- und fristgerecht zugestellt wurde, die durch die HGO vorgeschriebene Veröffentlichung der Einladung in den Lindener Nachrichten und dem Lindener Anzeiger Lokal ordnungsgemäß erfolgte und die Stadtverordnetenversammlung beschlussfähig ist.

Vor Eintritt in die Tagesordnung gratuliert Stadtverordnetenvorsteher Burckart allen Parlamentariern und Magistratsmitgliedern, die seit der letzten Sitzung Geburtstag hatten. Besondere Glückwünsche und einen Blumenstrauß erhalten Stadtverordneter Jürgen Arnold zum 60. Geburtstag, Stadtverordneter Steinberg zum 30. Geburtstag und Ausländerbeiratsvorsitzender Dr. Sadeghian zum 80. Geburtstag.

Zur Tagesordnung ergeben sich keine Änderungen.

Tagesordnung:

1. Berichterstattung durch den Magistrat
2. Betriebskostenzuschuss für die Kindertagesstätte „Die Mäuschen“
-Magistratsvorlage Drucksache 110/11/16-
3. Verkauf des Tanklöschfahrzeugs 4000 der Freiwilligen Feuerwehr Großen-Linden an den Landkreis Gießen im Rahmen des Feuerwehrkonzepts des Landkreises
-Magistratsvorlage Drucksache 111/11/16
4. Satzung über die Festsetzung des Steuersatzes für die Grundsteuer A
- Hebesatzsatzung -
-Magistratsvorlage Drucksache 101/11/16-
5. Eröffnungsbilanz der Stadt Linden zum 01.01.2009
-Magistratsvorlage Drucksache Nr. 109/11/16-
6. Jahresabschluss der Stadtwerke Linden für das Wirtschaftsjahr 2013
-Magistratsvorlage Drucksache 108/11/16-
7. Antrag zur Einrichtung öffentlicher Tauschbibliotheken
-Antrag der Fraktion von B90/GRÜNE - Fraktionsantrag Nr. 038/11/16-

8. Errichtung eines Sonnensegels über dem den Kleinkinderbecken im Freibad
-Antrag B90/GRÜNE - Fraktionsantrag Nr. 036/11/16-
9. Wohnen und Pflege im Alter
-Antrag FDP - Fraktionsantrag Nr. 044/11/16-
10. Anfragen von Stadtverordneten und Verschiedenes

Nichtöffentlicher Teil

11. Grundstücksangelegenheiten

Zu TOP 1

Berichterstattung durch den Magistrat

Online gestütztes Beschwerdemanagement

Auf der Internetseite der Stadt Linden wurde jetzt das Formular „Anregung und Mängelmeldung“ eingestellt und kann von den Bürgern genutzt werden. In der kommenden Ausgabe der Mitteilungsblätter wird auf diese Möglichkeit hingewiesen.

OVAG-LED-Initiative

Zurzeit erfolgt in unserer Stadt die Umrüstung der Straßenbeleuchtung auf LED-Lampen und dürfte sogar schon Ende nächster Woche abgeschlossen sein. Somit ist der Beschluss der Stadtverordnetenversammlung umgesetzt.

Solarparks

Von der OVAG wurde mitgeteilt, dass der Jahresabschluss 2013 mit dem Gesellschafterbeschluss festgestellt worden ist. Danach hatte die Gesellschaft bei Einzahlungen auf die Kapitalkonten von 800.000 € ein Eigenkapital von 859.565,97 € zum 31.12.2013 ausgewiesen.

Für die Gesellschafter ist eine Entnahme grundsätzlich jederzeit möglich, wobei die Liquidität eine gewisse Einschränkung darstellt. Die Gesellschaft hat aktuell rd. 240 T€ auf dem Konto, es sind noch jeweils am 3. u. 4. Quartalsende 100 T€ Tilgung und rd. 30 T€ Zinsen an die Sparkasse Gießen zu zahlen.

Vor diesem Hintergrund ist - obwohl die Solareinspeisung naturgemäß bereits zurückgeht, wobei per 30.8.2014 die Einspeisung des Solarparks 1 rd. 7% über dem Vorjahr liegt - davon auszugehen, dass wir zum 31.12.2014 über eine positive Liquidität verfügen und eine Entnahme von jeweils rd. 25 T€ möglich wäre.

Dabei ist zu berücksichtigen, dass im Dezember 2018 allerdings ein endfälliges Darlehen der Gemeinde Wölfersheim zur Rückzahlung ansteht, wobei die Gegenfinanzierung sowohl aus der bis dahin angesammelten Liquidität wie auch aus Einzahlungen (im Rahmen einer Einlage / Gesellschafterdarlehensgewährung) stammen kann.

Der Jahresüberschuss 2013 betrug 71 T€. Sollte sich die Solareinspeisung nunmehr weiter für die verbleibenden Monate 2014 auf dem Vorjahresniveau bewegen, wäre ein um bis zu 30 T€ höheres Ergebnis nach Steuern von rd. 100 T€ erzielbar.

Erneuerung der Ringstraße

Im Haushalt 2014 sind die Mittel für die Erneuerung der Ringstraße eingesetzt. In der morgen stattfindenden Anliegerversammlung werden die Vorentwürfe der Neugestaltung vorgestellt; anschließend kann die Maßnahme ausgeschrieben werden.

Kindergarten „Regenbogenland“

Sowohl Kinder als auch Erzieherinnen fühlen sich sehr wohl in dem neuen Gebäude. Einige kleinere Mängel sind noch zu beheben; insgesamt ist jedoch festzuhalten, dass der Rahmen der vorgesehenen Haushaltsmittel eingehalten wird.

Für den Abbruch des alten Kindergartens „Regenbogenland“ wurde ein Gutachten erstellt. Daraus geht hervor, dass zwar verschiedene asbesthaltige Teile vorhanden sind, allerdings nicht in dem Umfang, wie man dieses ursprünglich befürchtet hat.

Zum Bericht des Magistrates erheben sich folgende Wortmeldungen.

Kindergarten Regenbogenland

Stadtverordneter Dr. Schütz möchte wissen, ob inzwischen alle Plätze belegt sind.

Bgm. König wird dies in schriftlicher Form beantworten.

Zu TOP 2

Betriebskostenzuschuss für die Kindertagesstätte „Die Mäuschen“ -Magistratsvorlage Drucksache 110/11/16-

Bgm. König erklärt, dass diese Einrichtung bisher kostendeckend durch Landeszuschüsse, Sonderprogramme, Landkreiszuschüsse, Elternbeiträge sowie Spenden geführt werden konnte. Aufgrund höherer Lohnkosten ist dies jedoch nicht mehr machbar. Da diese Betreuungsplätze (U3) aber gesetzlich erforderlich und auch im Bedarfsplan der Stadt enthalten sind, ist eine Schließung der Einrichtung abzuwenden, da die Stadt diese Aufgabe nicht übernehmen kann. Daher ist dieser Betriebskostenzuschuss unumgänglich und er bittet um Beschlussfassung. Fakt ist aber auch, dass der Kreis für diese Aufgabe zuständig ist und daher erhofft sich der Bürgermeister in Zukunft eine höhere Beteiligung des Kreises.

Der Ausschuss für Jugend, Soziales, Sport und Kultur hat einstimmige Beschlussempfehlung ausgesprochen.

Der Haupt- und Finanzausschuss hat einstimmige Beschlussempfehlung ausgesprochen.

Stadtverordnete Lang erklärt, dass die SPD natürlich dieser Vorlage zustimmen wird. Die Stadt habe diese Situation lange genug ignoriert und „Die Mäuschen“ mit der Vereinsförderung abgespeist. Sicher sei der Kreis zuständig; dieser unterscheide jedoch nicht zwischen privater und kommunaler Einrichtung. Der Antrag auf Betriebskostenzuschuss wurde schon im Dezember 2013 gestellt und somit hätten die Mittel schon im HH enthalten sein können. Für die kommenden Jahre wird dieser Betriebskostenzuschuss hoffentlich entsprechend frühzeitig eingestellt.

Bgm. König erinnert, dass die Landrätin mitgeteilt hat, dass zwischen dem Notwendigen und dem Wünschenswerten unterschieden werden muss. Sicher hätte man schon länger einen Betriebskostenzuschuss zahlen können, aber mit den Steuergeldern ist maßvoll umzugehen, damit diese der großen Gesamtheit gut tun.

Stadtverordneter Liebermann bestätigt Stadtverordnete Lang, dass die Stadt hier helfen wolle. Man müsse jedoch darauf achten, wer welche Verantwortung hat. Es ist später einfach diese nach hinten zu transferieren. Man sieht, was der Kreis mit den Kommunen z.B. bei den Sporthallen, Schulen usw. vorhat. Man sollte die Aufgaben dort lassen, wo sie hingehören. Wenn es allerdings notwendig sei, dann werde auch die Stadt in derartigen Fällen helfen. Man müsse jedoch damit verantwortungsbewusst umgehen und mit der jetzt zu beschließenden Vorgehensweise sei man wohl auf dem richtigen Weg. Die Kommune ist nicht für alles zuständig und daher macht es gar nichts, wenn man länger be-rate. Aber da dies notwendig ist, wird man es auch gerne bezahlen.

Stadtverordneter Dr. Schütz möchte nicht die Diskussion aus den Ausschüssen wiederholen. Allerdings möchte er näher auf den von Stadtverordneten Liebermann genannten Begriff „helfen“ eingehen. Er ist der Meinung, dass dieser Begriff nicht der Tatsache gerecht wird, dass die Stadt gesetzlich verpflichtet ist, eine gewisse Quote an Kindergartenplätzen zu sichern. Das Parlament hat auch die Verantwortung dafür, dass Familien genug Raum gegeben wird, in dem ihre Kinder gut versorgt sind und insgesamt das Leben attraktiver wird. Dies hat nichts mit helfen zu tun, sondern mit Eigeninteresse und daher hätte diese Entscheidung schon eher getroffen werden können. Und jetzt solle man

auch dafür sorgen, dass entsprechende Mittel rechtzeitig im neuen HH eingestellt werden und nicht erst im Nachtrag.

Die Abstimmung über die Magistratsvorlage Drucksache Nr. 110/11/16 ergibt einstimmige Annahme.

Zu TOP 3

Verkauf des Tanklöschfahrzeugs 4000 der Freiwilligen Feuerwehr Großen-Linden an den Landkreis Gießen im Rahmen des Feuerwehrkonzepts des Landkreises -Magistratsvorlage Drucksache 111/11/16

Aufgrund des abgeschlossenen Vertrages über die Interkommunale Zusammenarbeit bei der Erfüllung von Aufgaben nach dem Hessischen Brand- und Katastrophenschutzkonzept (Fahrzeugkonzept) möchte der Landkreis das 2013 angeschaffte Tanklöschfahrzeug 4000 erwerben. Standort bleibt aber weiterhin Linden; für die Unterhaltung erhält die Stadt einen entsprechenden finanziellen Ausgleich (4.500,00 €/Jahr).

Der Haupt- und Finanzausschuss hat einstimmige Beschlussempfehlung ausgesprochen.

Die Abstimmung über die Magistratsvorlage Drucksache Nr. 111/11/16 ergibt einstimmige Annahme.

Zu TOP 4

Satzung über die Festsetzung des Steuersatzes für die Grundsteuer A - Hebesatzsatzung - -Magistratsvorlage Drucksache 101/11/16-

Bgm. König teilt mit, dass die Grundsteuer A im Jahre 2000 von der Stadtverordnetenversammlung auf „Null“ gesetzt worden ist. Aufgrund der Haushaltskonsolidierung sollte diese Steuer (für land- und forstwirtschaftliche Flächen) jedoch wieder erhoben werden.

Im Landesdurchschnitt 2012 liegen die Hebesätze vergleichbarer Kommunen bei 296%; dieser Satz soll auch für Linden angewandt werden.

Der Haupt- und Finanzausschuss hat einstimmige Beschlussempfehlung ausgesprochen.

Stadtverordneter Heine fragt, wieviel Geld zu erwarten ist. Es war immer im Gespräch, dass der Verwaltungsaufwand höher als die Einnahmen sei; hat sich hieran etwas geändert?

Bgm. König erklärt, dass er davon ausgeht, dass zwischen 15T und 20T Euro eingenommen werden können. Der hohe Verwaltungsaufwand entsteht hauptsächlich daher, dass hier viele kleine Grundstücke heranzuziehen sind (Kleinbeträge/mehr Bescheide). Ansonsten habe man keine praktischen Erfahrungen; Linden war bisher die einzige Kommune, die diese Steuer nicht erhoben hat.

Stadtverordneter Markgraf hat eine formale Anmerkung: er bittet bei jeder Satzungsänderung um Aktualisierung der Präambel (die HGO ist vom 14.07.2014).

Uwe Markgraf formale Anmerkung: er bittet bei jeder Satzungsänderung die Präambeln zu überprüfen. HGO 14.7.2014.

Bei 1 Enthaltung wird die Magistratsvorlage Drucksache Nr. 101/11/16 mit Mehrheit beschlossen.

Zu TOP 5

Eröffnungsbilanz der Stadt Linden zum 01.01.2009 -Magistratsvorlage Drucksache Nr. 109/11/16-

Bgm. König ist froh darüber, dass endlich die geprüfte Eröffnungsbilanz vom Landkreis zurück ist; jetzt muss diese nur noch durch die Stadtverordnetenversammlung festgestellt werden.

Er erläutert noch einige Positionen der Eröffnungsbilanz und hofft, dass im Frühjahr 2015 die weiteren Bilanzen der Revision vorgelegt werden können. Abschließend dankt er insbesondere dem Mitarbeiter Christian Mai, der mit sehr großen Engagement dafür gesorgt hat, dass nun die geprüfte Eröffnungsbilanz vorliegt.

Der Ausschuss für Jugend, Soziales, Sport und Kultur hat bei 1 Enthaltung Beschlussempfehlung ausgesprochen.

Der Haupt- und Finanzausschuss hat einstimmige Beschlussempfehlung ausgesprochen.

Der Ausschuss für Bau, Planung und Umwelt hat einstimmige Beschlussempfehlung ausgesprochen.

Die Abstimmung über die Magistratsvorlage Drucksache Nr. 109/11/16 ergibt einstimmige Annahme.

Zu TOP 6

Jahresabschluss der Stadtwerke Linden für das Wirtschaftsjahr 2013 -Magistratsvorlage Drucksache 108/11/16-

Bgm. König teilt mit, dass der Prüfer Jung zu dem Ergebnis gekommen ist, dass alles ordnungsgemäß gelaufen ist. Es wurde 2013 bei der Abwasserbeseitigung ein Jahresgewinn i.H.v. € 70.926,62 und im Wasserbereich ein Jahresverlust i.H.v. € 1,75 auf neue Rechnung vorgetragen. Allerdings ist auch anzumerken, dass nicht sehr viele Investitionen getätigt wurden, was sich aber sicher in den folgenden Jahren wieder ändern wird.

Der Haupt- und Finanzausschuss hat einstimmige Beschlussempfehlung ausgesprochen.

Die Abstimmung über die Magistratsvorlage Drucksache Nr. 108/11/16 ergibt einstimmige Annahme.

Zu TOP 7

Antrag zur Einrichtung öffentlicher Tauschbibliotheken -Antrag der Fraktion von B90/GRÜNE - Fraktionsantrag Nr. 038/11/16-

Stadtverordnetenvorsteher Burckart führt aus, dass dieser Antrag schon im Ausschuss beraten wurde.

Der Ausschuss für Jugend, Soziales, Sport und Kultur hat einstimmige Beschlussempfehlung ausgesprochen.

Stadtverordnete Lang bedankt sich bei Stadtrat Arnold für die schnelle Bearbeitung dieses Antrages. Die Idee mit den Telefonhäuschen sei sicher zu kostenintensiv und daher sei die vom Ersten Stadtrat Arnold erzielte Lösung sehr gut.

Stadtverordneter Heine erklärt, dass er sich freue, dass dieser Antrag nun endlich zu einem Ergebnis gekommen ist, da der bereits am 18.08.2013 eingebracht wurde. Er habe sich auch sehr darüber gefreut, dass hier die Seniorenwerkstatt eingebunden war und hofft, dass sich durch das Engagement des Rewe-Marktes weitere Märkte an der Umsetzung beteiligen. Die Idee mit den Telefonhäuschen bittet er aber trotzdem weiter zu verfolgen.

Die Abstimmung über den Fraktionsantrag Nr. 038/11/16 ergibt einstimmige Annahme.

Zu TOP 8

Errichtung eines Sonnensegels über dem den Kleinkinderbecken im Freibad -Antrag B90/GRÜNE - Fraktionsantrag Nr. 036/11/16-

Auch dieser Antrag war noch im Geschäftsgang.

Der Vorsitzende des Ausschuss für Jugend, Soziales, Sport und Kultur, Stadtverordneter Nöh, erläutert noch einmal kurz den Antrag. Der Magistrat hat sich mit der Umsetzung befasst und dabei wurde festgestellt, dass ein Sonnensegel über dem Becken die Erwärmung des Wassers verhindert würde und da es hier keine Heizung gebe, sei dies nicht sinnvoll. Man kam dann zu dem Ergebnis, dass es besser sei, im direkten Umfeld des Kinderbeckens große Sonnenschirme fest zu installieren; dies sei zudem auch kostengünstiger. Entsprechend wurde der Antrag geändert.

Der Ausschuss für Jugend, Soziales, Sport und Kultur hat zum geänderten Antrag einstimmige Beschlussempfehlung ausgesprochen.

Stadtverordneter Dr. Schütz lobt die gute Diskussion im Ausschuss und erklärt, dass die geänderte Form noch besser der Situation gerecht wird.

Bgm. König erklärt, dass diese Verzögerung auch mit der Haushaltssituation zu tun hatte und unterbreitet den Vorschlag, die entsprechenden Mittel im Nachtrag einzustellen, damit ggf. die Schirme jetzt schon angeschafft und die Fundamente vorbereitet werden können. Dieser Vorschlag findet Zustimmung.

Der geänderte Fraktionsantrag Nr. 36/11/16 wird bei 1 Enthaltung mit Mehrheit angenommen.

Zu TOP 9

Wohnen und Pflege im Alter

-Antrag FDP - Fraktionsantrag Nr. 044/11/16-

Stadtverordnete Zoller trägt noch einmal den Antrag vor, der zuvor im Haupt- und Finanzausschuss eingebracht und beraten wurde.

Der Haupt- und Finanzausschuss hat einstimmige Beschlussempfehlung zum geänderten Antrag (Einladung zum Vortrag durch Fachabteilung Landkreis) ausgesprochen.

Stadtverordnete Zoller schlägt noch vor, bei der Stadt Grünberg nachzufragen, wie das ganze dort abgelaufen ist.

Stadtverordnete Lang ist der Auffassung, dass dies nicht erforderlich ist, da der Landkreis aus die Stadt Grünberg betreut.

Stadtverordneter Nöh regt an, zunächst die Erläuterungen des Landkreises abzuwarten; danach könne man ggf. noch immer in Grünberg nachfragen. Außerdem sei nicht genau bekannt, ob in Grünberg ein privater Investor tätig war.

Der Antrag bleibt im Geschäftsgang.

Zu TOP 10

Anfragen von Stadtverordneten und Verschiedenes

Jugendbeirat

Stadtverordnete Lang möchte wissen, wann der Jugendbeirat wieder tagt.

Bgm. König erklärt, dass aufgrund schulischer und beruflicher Termine keine Sitzung stattfinden konnte; diese wird aber demnächst nachgeholt.

Sportlerehrung

Stadtverordnete Lang fragt nach den Sportlerehrungen; 2012 wurde keine durchgeführt – was ist mit 2013/2014?

Bgm. König erklärt, dass diese immer im Frühjahr abgehalten wurden und die Ehrung für 2013 aufgrund des nicht genehmigten HH ausgefallen ist (freiwillige Aufgabe). Nun wurde seitens der Verwaltung überlegt, diese Ehrung jeweils am Jahresende durchzuführen, dann sei zumindest der HH durch.

Kinderspielplätze

Stadtverordneter Gebauer wurde darauf angesprochen, dass die Vogelschaukel auf dem Spielplatz im Forst nicht mehr vorhanden sei und fragt nach dem Grund. Gleichzeitig regt er an, dass sich der Jugendbeirat die Kinderspielplätze wieder ansehen sollte.

Bgm. König wird dieser Frag nachgehen.

Grube Fernie

Stadtverordneter Lodde bittet darum, dass der Hilfspolizeibeamte die Grube Fernie öfters kontrollieren soll, da hier vermehrt Hundehalter anzutreffen sind, die der Anleinplicht nicht nachkommen. Laut Bgm. König wird dieser Bereich vom freiwilligen Polizeidienst regelmäßig kontrolliert und diese sprechen die Hundehalter dann auch gezielt an.

Baugebiet „Nördlich-Breiter-Weg“

Stadtverordneter Dr. Schütz fragt nach dem Sachstand in dieser Angelegenheit. Es würden jede Menge Zinsen anfallen, ohne dass man bei diesem Projekt weiter voranschreite. Wurden inzwischen die Ausschreibungen zur Erschließung abgeschlossen?

Laut Bgm. König wurden diese Leistungen ergeben. Das Baugebiet wurde zwischenzeitlich auch schon archäologisch untersucht; man hat dann auch das Vorkommen von Blindgängern vermutet – dieses wurde aber durch den Kampfmittelräumdienst widerlegt. Die Planungsphasen 1-4 sollten in den nächsten Wochen abgeschlossen sein und dann werde er weiter Bericht erstatten.

Hundekotbeutelspender und Rabattpflege

Stadtverordnete Lang bemängelt, dass die Hundekotbeutelspender öfters leer seien und bittet um entsprechende Kontrollen. Des Weiteren habe sie schon öfters darum gebeten, dass die städtischen Blumenrabatte besser gepflegt/zurückgeschnitten werden sollten (Bank/Bismarckstraße).

Bgm. König erklärt, dass man nur so viel abarbeiten könne, wie dafür auch Mitarbeiter zur Verfügung stünden.

Parkplatz Hans-Böckler-Straße

Stadtverordneter Dr. Schütz möchte den Sachstand hierzu wissen.

Bgm. König erklärt, dass hier die Stadt kein Mitsprecherecht hat; der RP und der Landkreis überwachen hierzu die Rückbauarbeiten.

Fahnenmast Kindergarten Regenbogenland

Stadtverordnete Zoller fragt nach der dort angebrachten Fahne.

Bgm. König wird dies prüfen lassen.

Solarpark

Stadtverordneter Markgraf fragt nach, ob der Jahresabschluss 2013 zur Verfügung gestellt werden könnte.

Bgm. König sagt zu, dass die Fraktionen dies erhalten.

Wertstoffhof

Stadtverordneter Markgraf teilt mit, dass der Kreis bereits 2013 angeboten habe den kommunalen Wertstoffhof zu übernehmen; in diesem Jahr wurde dieses Angebot erweitert. 2015 solle es so sein, dass keine Privatpersonen mehr Abfälle bei Veolia oder Stamm abgeben könnten. Was kann Bgm. König hierzu berichten?

Bgm. König teilt mit, dass der Magistrat sich gerade mit diesem Thema befasse. In der nächsten Sitzung wird Frau Wandel vom Landkreis darüber referieren; danach könne er in der nächsten Stadtverordnetensitzung berichten.

Verkehrsberuhigung Wilhelmstraße

Stadtverordnete Geiselbrechtinger erklärt, dass nun das Bauprojekt der Behinderteneinrichtung fast beendet sei und was hier die geplante Verkehrsberuhigung ergeben habe.

Laut Bgm. König hat hier die Verkehrszählung ergeben, dass kein Überweg angelegt werden kann; dafür müssen über einen bestimmten Zeitraum eine bestimmte Anzahl an Kraftfahrzeugen die Stelle passieren und gleichzeitig auch eine bestimmte Anzahl von Fußgängern – dies hat nicht zugetroffen. Da es sich außerdem um eine Landesstraße handelt, müsse man HessenMobil befragen und da hat es in der Moltkestraße schon Probleme gegeben. Bgm. König verspricht aber noch einmal – gerade in Bezug auf die Behinderteneinrichtung – mit HessenMobil Kontakt aufzunehmen.

Schulsporthalle Anne-Frank-Schule

Stadtverordneter Dr. Schütz fragt nach dem Sachstand in dieser Angelegenheit.

Laut Bgm. König soll es hierzu Neuigkeiten geben, die ihm allerdings nicht bekannt sind. Fakt ist, die Turnhalle ist Kreissache und bleibt es auch.

Ende des öffentlichen Teiles der Sitzung: 21.15 Uhr.

Nichtöffentlicher Sitzungsteil

Zu TOP 11

Grundstücksangelegenheiten

-Magistratsvorlage Drucksache Nr. 104/11/16

Bgm. König berichtet, dass sich die Grundstücke im Baugebiet „In der Imsbach“, die direkt an der Lärmschutzwand zum Kaufland liegen, aufgrund dieser Lage nicht verkaufen lassen und auf eine hohe Kaufpreisreduzierung wollte man sich nicht einlassen. Inzwischen konnte jedoch in Erfahrung gebracht werden, dass beim Bau dieser Lärmschutzwand vereinbart wurde, dass bei Eintritt dieser Situation die Eigentümer/Betreiber des damaligen Kuhn-Centers diese Grundstücke erwerben werden. Eine entsprechende Nachfrage hat ergeben, dass diese Vereinbarung eingehalten wird; der Verkaufspreis wurde damals aber mit 150,00 € vereinbart.

Der Haupt- und Finanzausschuss hat einstimmige Beschlussempfehlung ausgesprochen.

Stadtverordneter Heine hat eine Verständnisfrage. In der Vorlage wird von 3 Grundstücken gesprochen und nun sollen nur noch 2 Grundstücke verkauft werden.

Laut Bgm. König handelt es sich bei dem 3. Grundstück um das Grundstück auf dem jetzt die Reinigung steht.

Stadtverordneter Heine regt an, auch diese beiden Grundstücke für gewerbliche Nutzung freizugeben. Bgm. König erklärt, dass dies so aufgrund des B-Plans nicht zulässig sei und dann auch der Verkaufspreis bei Gewerbe nicht mehr stimme. Außerdem habe man ja jetzt eine Lösung gefunden.

Die Abstimmung über die Magistratsvorlage Drucksache Nr. 104/11/16 (reduzierte Verkaufspreis) ergibt einstimmige Annahme.

Ende der Sitzung: 21.20 Uhr

Ralf Burckart; Stadtverordnetenvorsteher

R. Wolf; Protokollführerin